

# Jahresbericht 2019

Rechenschaftsbericht des Vorstands



# Impressum

## Jahresbericht 2019

### Rechenschaftsbericht des Vorstands

#### **Herausgeber**

Global Policy Forum Europe  
Königstr. 37a  
53115 Bonn  
Tel. 0228 96 50 510  
europe@globalpolicy.org  
www.globalpolicy.org

#### **Kontakt**

Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

#### **Layout**

www.kalinski.media

Bonn, Juni 2020

#### **Titelbilder**

Frankfurt © Pixabay, Klaus Dieter vom Wangenheim  
Verkäuferin in Liberia © Monika Hoegen  
Luftverschmutzung, lizenzfrei  
Hauptszitz der Vereinten Nationen in New York © Jens Martens

# Inhalt

<b>I. Überblick</b>	<b>4</b>
<b>II. Arbeitsschwerpunkte 2019</b>	<b>7</b>
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	7
2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung	12
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	16
<b>III. Finanzbericht 2019</b>	<b>20</b>
<b>IV. Daten und Fakten</b>	<b>23</b>
1. Vorstand und Mitarbeiter*innen	23
2. Veröffentlichungen	24
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	27
4. GPF im Internet	30

# I. Überblick

Im Jahr 2019 formierten sich Massenproteste zivilgesellschaftlicher Gruppen in rasanter Geschwindigkeit rund um den Erdball. Soziale Bewegungen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion riefen zu weltweiten Streiks und Straßenprotesten auf, um die Regierungen zu wirksamerem Handeln gegen den Klimawandel zu drängen. In Ländern wie Ecuador, Chile und Argentinien, in Ägypten und im Libanon gingen Millionen von Menschen auf die Straßen, um gegen eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik ihrer Regierungen zu demonstrieren. Auslöser war in vielen Fällen die Ankündigung neuer Sparpakete durch die Regierungen im Rahmen einer forcierten Austeritätspolitik.

Das Global Policy Forum (GPF) reagierte 2019 in verschiedenen Publikationen auf diese Proteste und

ihre Ursachen. Wir warnten vor einer weiteren Verschärfung der Lage und einer neuen Verschuldungsspirale mit verheerenden sozialen und ökologischen Folgen. Der Handlungsspielraum vieler Regierungen würde dadurch erheblich eingeschränkt – und damit auch ihre Möglichkeit, die Agenda 2030 und ihre globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu verwirklichen.

Und dann kam 2020 die COVID-19-Pandemie mit ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Sie stellt alles in den Schatten, was wir im Jahr 2019 prognostiziert hatten. Auch wenn sich das ganze Ausmaß der Krise derzeit noch nicht abschätzen lässt, steht schon jetzt fest, dass die Auswirkungen der Pandemie die Verwirklichung der SDGs in ihrer Gesamtheit gefährden.

## Globale Rezession macht vor niemandem Halt

Vorläufige Prognosen der Vereinten Nationen, der Weltbank und anderer internationaler Organisationen warnen davor, dass die ohnehin fragilen Fortschritte, die bei der Reduzierung von Armut und Unterernährung in den letzten Jahrzehnten erzielt wurden, wieder zunichte gemacht werden. Die weltwirtschaftliche Rezession wird vor keinem Land Halt machen. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden in vielen Ländern massiv ansteigen. Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung und des Artensterbens drohen auf der politischen Prioritätenliste nach unten zu rutschen. Sinkende Staatseinnahmen und wachsende Verschuldung werden den finanziellen Handlungsspielraum der Politik von der globalen bis zur kommunalen Ebene einschränken. Zugleich ist die Politik in vielen Ländern weiterhin geprägt von einer Renaissance des Nationalismus, wachsender Fremdenfeindlichkeit, autoritären Tendenzen und verschärften Handelskonflikten.

Brexit, Trump und Bolsonaro sind nur die sichtbarsten Zeichen dieser sich gefährlich verschärfenden Trends.

GPF hat die Agenda 2030 mit ihrem ambitionierten Titel „Transformation unserer Welt“ als pragmatischen (und keineswegs widerspruchsfreien) Gegenentwurf zu Unilateralismus und Chauvinismus verstanden, weil sie für eine Stärkung multilateraler Zusammenarbeit, für weltweite Solidarität und faire Weltwirtschaftsbeziehungen plädiert. GPF hat sich daher auch 2019 in zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen und Vorträgen mit der Agenda 2030 befasst und über ihre Inhalte informiert. Dies geschah unter anderem durch verschiedene Studien und Briefing Papers sowie mit unserer Website [www.2030agenda.de](http://www.2030agenda.de). Eine wichtige Rolle spielten auch zwei internationale Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen, an den GPF maßgeblich beteiligt war: der internationale Schattenbericht zur Agenda 2030 *Spotlight on Sustainable Development* sowie das Projekt *Global Policy Watch* ([www.globalpolicywatch.org](http://www.globalpolicywatch.org)).



## Kampf gegen Steuerflucht und Wirtschaftseinfluss

Die ausreichende Finanzierung der Agenda 2030, insbesondere die Mobilisierung heimischer öffentlicher Ressourcen, ist eine zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung der SDGs. Wesentliche Faktoren sind dabei der Aufbau effektiver Steuersysteme und die verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung.

Dabei spielten Fragen internationaler Steuerkooperation und die Bekämpfung von Kapitalflucht in Schattenfinanzzentren und Steueroasen eine große Rolle. GPF arbeitete dabei auch unter dem Dach der **Global Alliance for Tax Justice**.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit dem massiven Einfluss von Akteuren des Privatsektors (Privatwirtschaft und private Stiftungen) auf internationale Politikprozesse, unter anderem im Bereich globaler Gesundheitspolitik, sowie der menschenrechtlichen Regulierung von Unternehmen. In mehreren Publikationen und Veranstaltungen haben wir uns 2019 mit dem UN-Prozess zur Aushandlung eines verbindlichen Abkommens zum Thema **Wirtschaft und Menschenrechte** („Treaty-Prozess“) befasst. Gleichzeitig haben wir uns aktiv an den Debatten über neue Spielregeln für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und privatwirtschaftlichen Akteuren beteiligt.

## Engagement in internationalen Netzwerken

Einen wichtigen Aspekt unserer Arbeit bildet das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken. Dazu zählt auf internationaler Ebene die **Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development**, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society for International Development, Third World Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.).

Von großer Bedeutung ist daneben auch unsere Mitarbeit in der **Treaty Alliance**, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich im deutschen **CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung**. Daneben unterstützen wir seit 2019 auch die **Initiative Lieferkettengesetz** (<https://lieferkettengesetz.de/>).

Neu hinzugekommen ist bereits 2018 unsere Mitgliedschaft im **Geneva Global Health Hub**, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisch unter die Lupe nimmt und sich für eine demokratische globale Gesundheits-Governance einsetzt (<http://g2h2.org/>).

Schließlich sind wir weiterhin im deutschen Netzwerk **Steuergerechtigkeit** sowie in der **Global Alliance for Tax Justice** aktiv, die wir mitgegründet haben.



Lobby-Einsatz für die Verwässerung

Foto: Valère Schramm

GPF Europe ist Mitglied in diesen Allianzen und Netzwerken:

**Reflection Group**  
on the **2030 Agenda** for  
Sustainable Development



# II. Arbeitsschwerpunkte 2019

## 1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

### Überblick

Auch 2019 standen die Diskussionen und Prozesse rund um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Mittelpunkt unserer Arbeit. Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development. Wichtigste Ereignisse waren die Tagung des High-level Political

Forum der UN im Juli und der SDG-Gipfel der UN-Generalversammlung im September 2019.

In Deutschland beteiligten wir uns weiterhin aktiv an den Debatten über die SDG-Umsetzung im Rahmen von Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträgern sowie durch mehrere Publikationen.

### Unsere Projekte

GPF hat sich 2019 in mehreren Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt **Weichenstellung 2020** Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wurde das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global. Im Rahmen des Projektes veröffentlichten wir eine Reihe von Briefing Papers und einen ausführlichen Report mit dem Titel *Die SDGs im Schatten drohender Finanzkrisen* (erschieden im Januar 2020). Außerdem führten wir in zahlreichen deutschen Städten Vortragsveranstaltungen zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Rolle die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele spielen können. Schließlich führten wir gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung das Informationsportal [www.2030agenda.de](http://www.2030agenda.de) fort.

Daneben war GPF auch 2019 Mitherausgeber des Schattenberichts deutscher Nichtregierungsorganisationen zur Umsetzung der SDG in und durch Deutschland (*Vier Jahre Agenda 2030: Die Politik ist am Zug*).

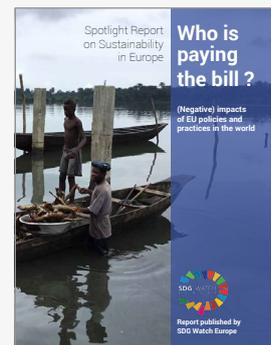
Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der **Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development** fortgesetzt, in der wir u.a. mit Social Watch, dem Third World Net-



work, DAWN, Public Services International, dem Center for Economic and Social Rights und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2019 den zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2019*).

Der globale Spotlight Report diene auch als Vorbild für einen entsprechenden zivilgesellschaftlichen Report auf EU-Ebene (*Spotlight Report on Sustainability in Europe*). Auch an ihm war GPF als Mitherausgeber beteiligt.

Schließlich haben wir 2019 das Kooperationsprojekt **Global Policy Watch** fortgesetzt, in dem GPF New York, GPF Europe und Social Watch zusammenarbeiten. Ziel ist es, aktuelle Informationen und Analysen über die Agenda 2030 und ihre Umsetzung vor allem für Gruppen im globalen Süden bereitzustellen. Gleichzeitig sollen ihre Positionen in die Diskussionen auf UN-Ebene eingespeist und die weltweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen „Watchdog Organisationen“ unterstützt werden. Finanziell gefördert wird dieses Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



## Eckpunkte eines menschenrechtsbasierten globalen Green New Deal

von Jens Martens

In vielen Ländern des Globalen Südens hat sich die finanzielle Lage nicht erst durch die Corona-Krise erheblich verschlechtert. Bereits vor Ausbruch der Krise bestand nach Angaben des Internationalen Währungsfonds für 33 der ärmeren Länder ein hohes Risiko der Überschuldung, oder sie waren bereits zahlungsunfähig.

Aber auch reichere Länder sind von neuen Finanzkrisen bedroht. Hier ist es insbesondere der Privatsektor, von dem die Risiken ausgehen. Private Unternehmen haben billiges Geld und niedrige Zinsen genutzt, um sich massiv zu verschulden. Die Gefahr ist groß, dass sich die Lage durch die weltwirtschaftliche Rezession nun dramatisch verschärft.

Die Herausforderung besteht nun darin, Konzepte einer umwelt- und klimagerechten Wirtschaftspolitik mit Lösungsansätzen zur SDG-kompatiblen Prävention und Bewältigung der gegenwärtigen Krisen und dem Primat der Menschenrechte zu verbinden. Ziel muss ein **menschenrechts-**

**basierter globaler Green New Deal** sein. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog kann in folgenden neun Punkten zusammengefasst werden:

### 1. Öko-soziale Steuerreformen:

Um Haushaltsdefizite zu reduzieren, Entwicklung auf Pump zu vermeiden und mehr Mittel für die Verwirklichung der SDGs zu mobilisieren, ist eine Steigerung der Steuereinnahmen unerlässlich. Das gängige Rezept einer Erhöhung der Mehrwertsteuer ist aufgrund seiner regressiven Wirkung aber kontraproduktiv. Sinnvoller sind öko-soziale Steuerreformen, die eine höhere Besteuerung der reicheren Einkommensschichten und des Ressourcenverbrauchs zum Ziel haben. Wichtige Elemente solcher Reformen sind Steuern auf Vermögen, Grundbesitz, Erbschaften, Kapitaleinkünfte und Unternehmensgewinne. Ein Schlüsselement jeder öko-sozialen Steuerreform ist die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs. Da derartige Steuern aber arme Haushalte tendenziell stärker belasten als reiche, ist es zwingend erforderlich, gleichzeitig Kompensationsmaßnahmen einzuführen.

Dies kann zum Beispiel durch die Subventionierung öffentlicher Infrastruktur (beispielsweise öffentlicher Verkehrsmittel), gestaffelte Preise für öffentliche Dienstleistungen oder direkte Bargeldzuwendungen (*cash transfers*) an ärmere Haushalte geschehen.

## 2. Reallokation der Staatsausgaben:

Parallel zur Einnahmeseite sind Reformen auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte unerlässlich. Denn allzu oft werden öffentliche Gelder weiterhin für schädliche oder zumindest fragwürdige Zwecke ausgegeben, seien es exzessive Militärausgaben oder umweltschädliche Subventionen. Um zu überprüfen, welche ökologischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen Subventionen haben, müssen sie einem umfassenden Nachhaltigkeits-Check unterzogen werden. Darüber hinaus ist ein systematischer Nachhaltigkeits-Check des gesamten Staatshaushalts notwendig, um zu überprüfen, ob er mit den Verpflichtungen und Zielen der Agenda 2030 übereinstimmt.

## 3. Soziale Grundsicherung für Alle:

Der Zugang zu sozialer Sicherung ist ein Menschenrecht (Art. 22 und 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Art. 9 des WSK-Paktes) und auch in der Agenda 2030 (SDG 1.3) verankert. Dies ist gerade in Krisenzeiten auch eine ökonomische und politische Notwendigkeit, denn ein funktionierendes System sozialer Sicherung reduziert Armut, stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung, und damit die Binnennachfrage, und beugt gesell-

schaftlichen Konflikten vor. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat dazu das Konzept einer globalen sozialen Grundsicherung (*Global Social Protection Floor*) entwickelt, das auf vier Eckpfeilern basiert:

- » Universeller Zugang zu öffentlicher Gesundheitsversorgung für Alle.
- » Garantierte staatliche Mindestzuwendungen für jedes Kind.
- » Universelle staatliche Grundrente für alle alten Menschen und Menschen mit Behinderungen.
- » Garantierte staatliche Unterstützung für Arbeitslose und Unterbeschäftigte, die in Armut leben.

Ein solches Minimalset sozialer Grundsicherung sollte in jedem Land existieren und wäre eine notwendige Voraussetzung, um zu verhindern, dass Menschen infolge ökonomischer Krisen in die Armut abstürzen. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die Privatisierung der sozialen Grundsicherung, insbesondere der Gesundheitsversorgung, der falsche Weg ist.

## 4. Eindämmung von Steuervermeidung und illegalen Finanzflüssen:

Den finanziellen Handlungsspielraum der Staaten zu erweitern, erfordert auch, effektive Gegenmaßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung zu ergreifen. Denn durch das weltweite Netz von Steueroasen und Schattenfinanzzentren entgehen den Staaten weltweit jedes Jahr Einnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe. Notwendig ist ein Bündel nationaler und internationaler Maßnahmen, darunter u.a.:

- » Erweiterte Transparenzanforderungen für Unternehmen, u.a. durch öffentliche länderspezifische Berichtspflichten.
- » Effektive Maßnahmen gegen Gewinnverlagerungstricks von Unternehmen, unter anderem durch Einführung einer Gesamtkonzernsteuer, verbunden mit einem Mindeststeuersatz.
- » Die Stärkung der globalen Steuerkooperation unter dem Dach der Vereinten Nationen.



Jens Martens beim internationalen sef: Experten-Workshop im September 2019 in Duisburg

Foto: sef:

### 5. Zusätzliche Mittel zur Klimafinanzierung:

Immer mehr Länder stecken in einem Teufelskreis von Klimaschäden und Verschuldung, der sich mit jedem Jahr weiter verschärft. Besonders gefährdet sind die kleinen Inselstaaten der Karibik und des Pazifiks. Notwendig sind ein Schuldenmoratorium und effektive Umschuldungsverhandlungen für die betroffenen Länder, um nach einer Katastrophe dringend benötigte Mittel für Nothilfe und Wiederaufbau schnell zu mobilisieren. Erforderlich ist zusätzlich eine massive Aufstockung der öffentlichen Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und zur Anpassung an die Folgen der globalen Erwärmung.

### 6. Neue Verschuldungsspirale verhindern:

In den vergangenen Jahren hat sich in zahlreichen Ländern die Gefahr der Überschuldung erhöht. Um eine neue weltweite Schuldenkrise zu verhindern und Überschuldungsprobleme dauerhaft zu lösen, sind vor allem folgende drei Schritte notwendig:

- » **Illegitime Schulden streichen und Gläubigermitverantwortung rechtlich verankern.** Kreditgeber sollten grundsätzlich das Prinzip der Gläubigermitverantwortung und das Konzept der illegitimen Schulden anerkennen.
- » **Neue Indikatoren der Schuldentragfähigkeit definieren.** Die von IWF und Weltbank verwendeten makroökonomischen Indikatoren für Schuldentragfähigkeit dienen vor allem dazu, im Interesse der Gläubiger die Zahlungsfähigkeit der Schuldner sicherzustellen. Eine Neudefinition von Schuldentragfähigkeit sollte dem-



gegenüber auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Kriterien einbeziehen.

- » **Faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren einführen.** Viele Länder werden die SDGs nur finanzieren können, wenn sie ihre Schuldenlast reduzieren. Für Staaten ist es allerdings schwierig, ihre Schulden so umzustrukturieren, dass sie wieder tragfähig werden, auch weil es weiterhin kein Insolvenzrecht für staatliche Schuldner gibt. Zur Lösung von Überschuldungsproblemen sollten die Regierungen daher unter dem Dach der Vereinten Nationen das Modell eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens zur Schuldenumwandlung entwickeln.

### 7. Menschenrechts-Check von Wirtschaftsreformen und Konditionalitäten:

Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele sowie der Verpflichtungen, die sich für die Regierungen aus den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen ergeben, darf gerade in Krisenzeiten nicht durch Auflagen ausländischer Geldgeber, insbesondere des IWF, verhindert werden. Alle austeritätspolitischen Maßnahmen müssen daher grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Eine wichtige Rolle können dabei die *Guiding Principles on Human Rights Impact Assessments of Economic Reforms* spielen, die im März 2019 vom UN-Menschenrechtsrat angenommen wurden.

### 8. Rekommunalisierung/Deprivatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen:

Den ordnungspolitischen Gestaltungsspielraum des öffentlichen Sektors (wieder) zu erweitern, setzt auch voraus, den Teufelskreis aus Privatisierung und Schwächung des Staates zu durchbrechen. Mittlerweile sind als Reaktion auf die Erfahrungen mit den negativen Wirkungen von Privatisierung und PPPs in vielen Teilen der Welt Gegenbewegungen entstanden. In den letzten 15 Jahren gab es weltweit über 1.400 erfolgreiche Beispiele von Städten und Gemeinden, die Dienstleistungen in die öffentliche Hand (zurück-)geführt haben, insbesondere im Bereich der Wasser- und Energieversorgung. Häufig konnten dadurch die Kosten der öffentlichen Güter und Dienstleistungen reduziert, die Qualität verbessert und die Partizipation der betroffenen Be-

völkerung gesteigert werden. Die kritische Auseinandersetzung mit den Folgen der Privatisierung darf sich aber nicht auf die kommunale Ebene beschränken. Konsequenzen müssen auch auf nationaler Ebene gezogen werden.

### **9. Effektive Regeln für den globalen Schattenbankensektor:**

Nach der globalen Finanzkrise 2008/2009 haben die Regierungen neue Regeln für das Finanzsystem geschaffen. Sie beschränkten sich aber weitgehend auf den formalen Bankensektor. Für institutionelle Investoren, Vermögensverwalter und andere Finanzmarktakteure außerhalb des formalen Bankensektors gelten die strikteren Regeln dagegen nicht. Diese Akteure haben aber in den vergangenen zehn Jahren enorm an Bedeutung gewonnen und drängen zunehmend in das klassische Finanzgeschäft von Kreditinstituten. Handlungsbedarf besteht unter anderem mit Blick auf die bessere Regulierung von Investmentfonds und globalen Vermögensverwaltern. Nach der jüngsten globalen Finanzkrise lautete ein Slogan „too big to fail = too big to allow“. Unternehmen und Banken sollten nicht so groß werden dürfen, dass ihr Scheitern ein Risiko für das globale Wirtschaftssystem bedeutete. Dies muss auch für die mächtigsten Vermögensverwalter der Welt, allen voran BlackRock, gelten.



#### **Weitere Informationen:**

Jens Martens (2020):

Die SDGs im Schatten drohender Finanzkrisen.

Bonn: Global Policy Forum.

## 2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung

### Überblick

Im Jahr 2019 haben wir uns im Programmbereich „Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung“ mit der Umsetzung der 2015 in Addis Abeba verabschiedeten Aktionsagenda zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in, mit und durch Deutschland auseinandergesetzt. Die Addis Agenda befasst sich nicht nur mit der klassischen öffentlichen Entwicklungshilfe, sondern auch mit der Mobilisierung von einheimischen Ressourcen und privaten Investitionen aus dem In- und Ausland sowie nicht zuletzt mit der Reform der internationalen Handels- und Finanzarchitektur. Wir haben Prozesse in Deutschland begleitet sowie Monitoring und Advocacy auf globaler Ebene gemacht,

vor allem im Rahmen des jährlich stattfindenden ECOSOC Forums on Financing for Development follow-up (FfD-Forum).

Wir sind weiterhin im Netzwerk Steuergerechtigkeit aktiv, das sich in den vergangenen Jahren stetig konsolidiert hat und mittlerweile über ein mit drei Personen besetztes Sekretariat verfügt. Unser Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Veränderungen in den Ländern des globalen Nordens. Denn diese eröffnen den Ländern des Südens die nötigen Spielräume, um ihre eigenen nationalen Entwicklungsprioritäten und die internationale Agenda 2030 tatsächlich zu realisieren.

### Unsere Projekte

GPF hat sich 2019 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinne befasst. In Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR haben wir unsere vieljährige Zusammenarbeit im Arbeitsbereich fortgesetzt. In diesem Kontext unterstützen wir auch die Arbeit der globalen Financing for Development CSO Group.

Außerdem stellen wir immer wieder inhaltliche Querbezüge zum Arbeitsbereich Unternehmens Einfluss, Wirtschaft und Menschenrechte her, indem wir die Rolle privater Akteure bei der Umsetzung der Entwicklungsfinanzierungsagenda untersuchen. Im Rahmen unserer Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR sowie in unserem Projekt Global Policy Watch haben wir uns aktiv beim vierten UN FfD-Forum eingebracht, ein side-event zu „Tax and illicit flows“ veranstaltet und in Deutschland über die Ergebnisse des Forums informiert. Im Vorlauf des FfD-Forums hatten wir uns auch aktiv beim informellen Retreat der Gruppe der „Friends of Monterrey“ in Mexiko eingebracht, und mehrere Gespräche mit Regierungsvertreter\*innen in Deutschland geführt.

Im Bereich Steuergerechtigkeit behandelten wir in 2019 als Schwerpunkt das Thema Unternehmensbesteuerung, insbesondere Doppelbesteuerungsabkommen. Dazu haben wir auch eine vergleichende Studie der UN und OECD-Ansätze erstellt, die Anfang 2020 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurden. Kritische Positionen dazu haben wir auf Fachgesprächen, unter anderem im Bundestag, und auf internationalen Konferenzen, zum Beispiel auf einem Symposium in Shanghai, publik gemacht.

## Fortschritte eines ganzen Jahrzehnts gefährdet

### COVID-19: weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktion

von Bodo Ellmers

Die weltweite Coronakrise stellt die internationale Gemeinschaft vor ungeahnte Herausforderungen. Die Pandemie hat sämtliche Länder und Regionen hart getroffen, doch die Entwicklungsländer leiden besonders stark unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Entwicklungsländern fehlen die fiskal- und geldpolitischen Spielräume zur Bewältigung der Krise. Das macht wirksame Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft umso wichtiger. Doch die Ergebnisse sind bislang durchwachsen.

#### Globale Rezession verschärft die Armut

Nach den [Prognosen des IWF](#) vom Juni 2020 wird die globale Coronakrise die wohl größte Rezession aller Zeiten auslösen. Die Weltwirtschaft wird insgesamt um 4,9 Prozent schrumpfen. Lateinamerika ist die am Schwersten betroffene Region des globalen Südens, mit einem Wirtschaftseinbruch von gewaltigen minus 9,4 Prozent. Dabei werden die Länder mit dem niedrigsten Einkommen mit minus ein Prozent Wachstum voraussichtlich noch glimpflich davonkommen. Doch sollten sie nach den Vorgaben der SDGs ja um 7 Prozent jährlich wachsen – was eine zentrale Voraussetzung für den Fortschritt in fast allen 17 SDGs wäre.

Bereits vor dieser Krise war die Verwirklichung der SDGs nicht im Zeitplan, weshalb die UN das Jahr 2020 zum Startjahr der Aktionsdekade erklärten, die der SDG-Verwirklichung einen neuen Schub geben sollte. Stattdessen wird nun laut einer [Studie der UN University](#) in 2020 die Anzahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, das erste Mal seit 1990 wieder ansteigen. Im schlimmsten Szenario könnte eine halbe Milliarde Menschen in die Armut zurückfallen, womit die Fortschritte eines ganzen Jahrzehntes zunichte gemacht würden.

Besonders hart betroffen sind Menschen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen in den von in-

formeller Ökonomie geprägten Ländern des globalen Südens. Nach [Angaben der ILO](#) sind 1,6 Milliarden informell Beschäftigte von der Krise betroffen, ihr Einkommen fiel bereits im ersten Monat der Krise um 60 Prozent. Sie sind der Krise ohne jeglichen Sozialschutz ausgesetzt. Die ILO warnt, dass auch heute noch drei Viertel der Bevölkerung außerhalb eines effektiven sozialen Sicherungsnetzes leben und arbeiten müssen. Bilder von Wanderarbeiter\*innen in Indien, die nach Beginn der Lockdowns verzweifelt versuchten, in ihre Dörfer zurückzukehren, gingen um die Welt.

#### Zusammenbruch der Entwicklungsfinanzierung

[Regierungen im Norden](#) konnten kreditfinanzierte Konjunkturpakete auflegen. Entwicklungsländern fehlt es natürlich an fiskalischem Spielraum, um der Krise entgegen zu wirken. Zentralbanken in den USA und Europa haben die geldpolitische „Bazooka“ ausgepackt und mit bislang beispiellosen Maßnahmen interveniert. Solche Instrumente sind in Weichwährungsländern des globalen Südens von begrenzter Wirkung, da eine expansi-



Informeller Sektor besonders prekär – Verkäuferin in Liberia

Foto: Monika Hoegen

ve Geldpolitik dort schnell Währungsabwertungen und Kapitalflucht hervorrufen kann. Die Abhängigkeit von externer Finanzierung ist selbst in normalen Zeiten groß, in der Coronakrise noch größer.

Da kommt es umso unpassender, dass es seit Beginn der Krise einen bislang nie da gewesenen simultanen Zusammenbruch aller Säulen der Entwicklungsfinanzierung gegeben hat: Auch in Entwicklungsländern gehen Steuereinnahmen durch die Lockdowns stark zurück, die Mobilisierung einheimischer Ressourcen wird zunehmend schwierig. Im ersten Monat der Krise wurden von privaten Investoren gut 100 Milliarden USD aus Entwicklungsländern abgezogen und in vermeintlich sichere Häfen transferiert. Damit war die **Kapitalflucht größer und schneller** als während der letzten Finanzkrise von 2008–2009.

Die Heimüberweisungen von Arbeitsmigrant\*innen, eine externe Finanzquelle, die mittlerweile quantitativ bedeutender ist als die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA), werden nach **Schätzungen der Weltbank** dieses Jahr um 20 Prozent sinken. Der Verfall der Rohstoffpreise – der Ölpreis fiel zeitweilig sogar ins Negative – trifft Entwicklungsländer hart, da Primärgüter weiterhin ihre Hauptexportgüter sind. Doch auch Länder, die verarbeitete Produkte exportieren, waren vom Zusammenbruch der Lieferketten und des Konsums im globalen Norden betroffen, zum Beispiel das von der Textilindustrie abhängige Bangladesch. Vor diesem Hintergrund kommt der ODA als relativ stabiler Finanzquelle eine bedeutende Rolle zu.

### Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft

Wohlhabende Länder haben auf nationaler Ebene schnell und massiv mit antizyklischen Maßnahmen, schuldenfinanzierten Konjunkturpaketen und außergewöhnlichen Beihilfen für Unternehmen und Beschäftigte auf die Krise reagiert – was von den meisten Kommentaren inklusive des ansonsten so auf Austeritätspolitik bedachten IWF **wohlwollend aufgenommen** wird. Im Vergleich dazu waren grenzüberschreitende Maßnahmen jedoch begrenzt und unzureichend.

Die UN tut sich mangels Ressourcen schwer, angemessen auf die Krise zu reagieren. Die WHO ist chronisch unterfinanziert. Eine Situation, die vom Austritt der USA – ihrem einstmaligen größten Beitragszahler – noch verschlimmert wird. Mitte April 2020 hat die WHO den **Covid-19 Member-State Pooled Fund** aufgelegt. Bis Ende Juni wurden allerdings weniger als die Hälfte der moderat budgetierten 1,7 Milliarden USD von den Mitgliedsstaaten eingezahlt. Es erscheint daher beinahe als Akt der Verzweiflung für eine internationale Organisation, dass die WHO mit dem **Covid 19 Solidarity Fund** jetzt auch von Privatpersonen und Unternehmen Spenden einsammelt.

Bleiben die Entwicklungsbanken (MDBs), allen voran die Weltbank. Jene hatte bereits früh ein **Sofortpaket** in Höhen von 14 Milliarden USD verkündet, neue Projekte wurden seither im Fast-Track-Verfahren bewilligt. Mittlerweile summieren sich die **Ankündigungen der MDBs insgesamt** auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. Allerdings findet sich wenig frisches Geld darunter. Es sind überwiegend umgeschichtete Gelder, die an anderer Stelle fehlen werden. Ein weiteres Problem ist, dass der Großteil der Unterstützung als Kredite vergeben wird. Dabei hatte die Verschuldung der Entwicklungsländer bereits vor der Krise Rekordhöhen erreicht, und knapp die Hälfte der Niedrigeinkommensländer (LICs) wurde laut IWF mit hohem Schuldenkrisenrisiko eingestuft.

Schuldenerlasse hätten Entwicklungsländern nötige Ressourcen zur Bekämpfung der Coronakrise freigesetzt, und tatsächlich hat vor allem die



Bodo Ellmers

UNCTAD vehement Schuldenerlasse im Volumen von einer Billion USD gefordert. Doch hat lediglich der IWF einen Erlass von IWF-Krediten in Höhe des eher symbolischen Betrags von maximal einer halben Milliarde USD angekündigt, der zudem noch aus Entwicklungshilfegeldern gegenfinanziert wird, also keinen Nettogewinn für Entwicklungsländer darstellt. Die G20 haben im April die Debt Service Suspension Initiative aufgelegt, die es LICs auf Antrag erlaubt, für den Rest des Jahres den Schuldendienst auf ihre bilateralen Schulden auszusetzen. Diese Initiative ist kein Erlass, sondern lediglich ein Moratorium, denn die eingesparten Raten von maximal 14 Milliarden USD müssen in den Folgejahren nachgezahlt werden.

### Es braucht mehr Unterstützung

Um tatsächlich wirken zu können, müssten Schulden erlassen werden. Initiativen sollten auf den gesamten Schuldenbestand armer Länder ausgeweitet werden, also auch auf multilaterale und besonders auf die teuren, weil hoch verzinsten Kredite bei privaten Gläubigern.

Dazu müssten echte Finanztransfers kommen: Die UN hatten einen „Marshallplan für den Gesundheitssektor“ in Höhe von 500 Milliarden USD gefordert, finanziert aus ODA-Geldern. Diese würden schnell zusammenkommen, wenn alle Geber zumindest das 0,7%-Ziel (d.h. 0,7% des BNE werden für ODA bereitgestellt) erreichen würden. NGOs haben daher reiche Länder aufgefordert, bei all ihren Konjunkturpaketen immer auch eine Finanzkomponente für die Unterstützung ärmerer Drittländer mit zu budgetieren. Deutschland ist dabei mit zusätzlichen 3 Milliarden Euro zusätzlicher ODA mit gutem Beispiel voran gegangen.

Eine starke, solidarische und koordinierte Reaktion der internationalen Gemeinschaft ist in dieser Phase unerlässlich. Kurzfristig, um ganz konkret Leben zu retten, und mittelfristig, damit die Agenda 2030, um die es ohnehin nicht gut bestellt ist, nicht auf dem Altar der Corona Krisenbekämpfung geopfert wird.

## 3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

### Überblick

Ein Arbeitsschwerpunkt von GPF im Jahr 2019 lag in dem Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISE-REOR und mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten hierzu an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

### Unsere Projekte

GPF hat sich 2019 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und mit deren Regulierung befasst. Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltete GPF gemeinsam mit Corporate Accountability, ESCR-Net, FIAN International, Franciscans International, Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity und dem Transnational Institute eine Podiumsdiskussion und mehrere strategische Treffen in New York, um die Fachöffentlichkeit vor Ort über den aktuellen Stand des sogenannten UN-Treaty-Prozesses zu informieren: Seit dem Jahr 2015 wird im UN-Menschenrechtsrat über ein UN-Abkommen – auch UN Treaty genannt – verhandelt, das Unternehmen weltweit für Menschenrechtsverletzungen entlang ihrer Lieferketten haftbar machen soll.

Am Rande der 5. Tagung der UN-Arbeitsgruppe zum UN Treaty im Oktober 2019 veranstaltete GPF gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland und weiteren Organisationen ein Side Event in Genf. Gemeinsam mit zahlreichen Vertreter\*innen von Regierungen, der Europäischen Union, Menschenrechtsinstitutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus der Wirtschaft wurde darüber diskutiert, wie der UN-Treaty-Prozess auf die verschiedenen nationalen und europäischen Initiativen für gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten aufbaut.

Ein weiteres Ergebnis der Kooperation war die Veröffentlichung eines Kurzpapiers gemeinsam mit den Frauenrechtsorganisationen Association for Women's Rights in Development (AWID) und Development Alternatives with Women for a new Era (DAWN), das die negativen Auswirkungen der Rohstoffindustrie auf die Verwirklichung der Frauenrechte aufzeigte und auf das problematische Partnerschaftsabkommen zwischen UN Women und dem Rohstoffkonzern BHP Billiton aufmerksam machte. Ein zweites Kurzpapier berichtete über den aktuellen Stand des Treaty-Prozesses.

Um den Prozess zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland erstellte und veröffentlichte GPF eine Kommentierung des überarbeiteten Vertragsentwurfs („Revised Draft“).

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit mit Brot für die Welt und MISEREOR beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise im Rahmen des Geneva Global Health Hub (G2H2). Wir beteiligten uns an der Organisation und Durchführung mehrerer zivilgesellschaftlicher Treffen, um über Strategien zur Begrenzung des Einflusses privater Akteure zu diskutieren, darunter einem Workshop zu Fragen der Beteiligung nicht-staatlicher Akteure bei der Weltgesundheitsorganisation und einem Workshop zur Problematik von Multi-Stakeholder-Initiativen, beide im Rahmen von G2H2-Treffen in Genf.

Ein weiteres Produkt der Kooperation war ein Kurzpapier, das darauf abzielte, Argumente gegen einen UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte zu entkräften. Mit dem englischsprachigen Arbeitspapier *A Fatal Attraction?* und dem deutschsprachigen Briefing-Papier *Nachhaltig nur auf dem Papier* machten wir auf die ambivalente Rolle der Wirtschaft bei der Umsetzung der SDGs aufmerksam.

In dem Briefing-Papier UN: *Offene Türen für die Wirtschaftslobby?* und dem englischsprachigen Arbeitspapier *Rules of engagement between the UN and private actors* erläuterten wir, warum verbindliche Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und den Vereinten Nationen überfällig sind und zeigten auf, wie solche Regeln aussehen könnten. In einem weiteren gemeinsamen Briefing-Papier mit dem Titel *Sorgfältig verwässert* zeigten wir auf, wie die Wirtschaftsverbände versuchen, ein Lieferkettengesetz zu verhindern.



## „Ein derartig schädliches Gesetz“

# Wie die Wirtschaftslobby gegen ein Lieferkettengesetz mobilisierte – und im Bundeswirtschaftsministerium – zunächst – auf große Unterstützung traf<sup>1</sup>

Von Karolin Seitz und Hanna Kieschnick

„Ich hoffe, dass die Bundesregierung von diesem Unsinn absieht“ – so brachte Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), seine Ablehnung eines Lieferkettengesetzes zum Ausdruck. Bei reinen Stellungnahmen blieb es allerdings nicht: Mit gezieltem Druck auf Ministerien und Bundeskanzleramt versuchten Unternehmensverbände, eine ge-

ferkettengesetzes zum Ausdruck. Bei reinen Stellungnahmen blieb es allerdings nicht: Mit gezieltem Druck auf Ministerien und Bundeskanzleramt versuchten Unternehmensverbände, eine ge-

1 Dieser Text erschien in leicht veränderter Form zuerst im Südlink 190 – Dezember 2019.

setzliche Regelung für unternehmerische Sorgfaltspflichten zu verhindern. Die aktuelle Entscheidung für ein solches Gesetz zeigt, dass sie sich damit letztlich nicht durchsetzen konnten. Jedoch ist der Widerstand gegen das Vorhaben weiterhin groß.

Aber zunächst ein Blick zurück: Nachdem deutsche Unternehmensvertretungen schon 2016 bei der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um die Verbindlichkeit von Sorgfaltspflichten aus dem NAP zu streichen, richteten sich die nachfolgenden Bemühungen der

Wirtschaftslobby auf eine Abschwächung des sogenannten „NAP-Monitorings“. Das Monitoring sollte seit Herbst 2018 anhand einer Befragung von Unternehmen feststellen, inwieweit in Deutschland ansässige Firmen ihrer im NAP verankerten freiwilligen Sorgfaltspflicht bereits nachkommen. Falls sich im Ergebnis zeigen sollte, dass weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen diese Verpflichtungen nicht umsetzen, wolle die Bundesregierung Ende 2020 ein entsprechendes Gesetz einführen, so hieß es schon damals.

Um dies zu verhindern, arbeiteten Unternehmensverbände daran, die Methodik dieses Monitorings so zu verwässern, dass möglichst viele Unternehmen den Anforderungen genügen würden. Im März 2019 scherten das Bundeskanzleramt und das Bundeswirtschaftsministerium (BMW) unerwartet aus dem Konsens der anderen Ministerien zur Methodik aus und forderten weitreichende Änderungen.

### Anfragen in vertrautem Ton

Die Auswertung verschiedener Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz zeigt, dass sich in der Zeit dieses interministeriellen Streits von Anfang März bis Ende Juli 2019 das BMW elfmal mit Vertreter\*innen von Unternehmen und Unternehmensverbänden zur Thematik des NAP-Monitorings traf. Auch im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt fanden mehrere Treffen statt. Wirtschaftslobbyist\*innen wandten sich außerdem mit

zahlreichen Schreiben an die Bundesregierung. Im Mai trat beispielsweise der BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter (der noch bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium war und so über beste Kontakte verfügt) in einem Brief in vertrautem Ton an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Kanzleramtsminister Helge Braun („Lieber Peter“, „lieber Helge“) heran und bat „nachdrücklich“ um Unterstützung. „Die Frage, ob die Bundesregierung ein für die Wirtschaft derartig schädliches Gesetz [...] einführt, darf nicht von einem untauglichen und das wirkliche Engagement der Unternehmen verzerrenden Monitoring abhängen [...]. Vielmehr sollte die Bundesregierung weiterhin dem Freiwilligkeitsgrundsatz folgen und mit der Wirtschaft gemeinsam sachgerechte Vorgehensweisen entwickeln.“

Der Erfolg dieser Lobbyarbeit zeigte sich in einem weiteren Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) an Minister Altmaier, in dem sich dafür bedankt wird, „dass insbesondere Ihr Haus [das BMW; Anm. der Red.] im Rahmen der Ressortgespräche bereit ist, die Wirtschaftsperspektive einzubringen.“ Die in den Ressort-Streit eingebrachten Forderungen des BMW und des Kanzleramts für Änderungen am NAP-Monitoring deckten sich dann auch in vielerlei Hinsicht mit denen der Wirtschaftsverbände. Das BMW setzte eine ganze Reihe von Änderungen der Methodik des Monitorings durch, welche die Anzahl der „Nicht-Erfüller“ in der Bewertung der Umfrageergebnisse deutlich senkt und ein Gesetz damit unwahrscheinlicher zu machen schien.

### Unternehmensverbände machten Druck aufs BMZ

Massiven Druck bekam auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller zu spüren, der sich erstaunt über den „Widerstand [gegen ein Lieferkettengesetz] aus organisierten Kreisen der Wirtschaft“ zeigte. Aus Müllers Ministerium (BMZ) war im Februar 2019 ein Gutachten zu einem Wertschöpfungskettengesetz an die Öffentlichkeit gelangt. In den folgenden Tagen erreichten das BMZ allein 13 Anfragen von Unternehmen und Unternehmensverbänden mit der Bitte um Zusendung des Gesetzentwurfs und für Gesprächsanfragen. Der Prä-



sident von Gesamtmetall, Rainer Dulger, erklärte, dass „das Nachhaltige Wertschöpfungskettengesetz den im NAP [...] angelegten Prozess ad absurdum [führt] und wir uns durch den Vorstoß Ihres Hauses hintergangen [fühlen].“ Außerdem sei der Gesetzentwurf viel zu weitreichend.

Im Mai wandte sich dann der BDA-Präsident Ingo Kramer in einem Schreiben an Bundesminister Müller. Mit Bezug auf ein vorheriges Gespräch der beiden im BMZ ermahnte Kramer Müller deutlich: „Ich hatte in diesem Gespräch den festen Eindruck gewonnen, dass Sie sich dieses Papier nicht zu eigen machen wollten. Ich hatte Sie auch so verstanden, dass Sie bereit wären, sich öffentlich von diesem Text zu distanzieren. [...] Ich halte es für erforderlich, dass Sie Ihre Position klarstellen.“ BDA-Hauptgeschäftsführer Kampeter beschwerte sich zusätzlich bei Kanzleramtsminister Braun über den Vorstoß des BMZ. Der Gesetzentwurf sei „absolut inakzeptabel“, wettete Kampeter und bat Braun darum, die Gesetzesinitiative zu stoppen.

### NAP-Monitoring verwässert

Positivere Rückmeldungen kamen von Seiten einzelner Unternehmen. So zeigte sich zum Beispiel Daimler in einem Gespräch mit Bundesminister Müller offen für eine gesetzliche Regelung. Auch andere Unternehmen wie KiK, Vaude, Tchibo oder BMW befürworteten mittlerweile öffentlich ein Lieferkettengesetz. Trotz der zahlreichen Verwässerungen der Methodik gelang es den Unterneh-

mensverbänden nicht, das Ergebnis des NAP-Monitoring zu ihren Gunsten zu drehen. Die Mitte Juli 2020 veröffentlichten Ergebnisse ergaben, dass weniger als die Hälfte der großen deutschen Unternehmen – gerade einmal 22 Prozent – ihrer menschenrechtlichen Verantwortung ausreichend gerecht werden. Damit das nun in die Wege geleitete Lieferkettengesetz, das längst überfällige rechtsverbindliche Maßnahmen im Bereich „Wirtschaft und Menschenrechte“ sowie Regulierungen für die Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung vorsieht, nicht doch noch durch den Einfluss der Wirtschaft und mit dem Hinweis auf die ohnehin durch die Coronakrise schwierige Situation für die Unternehmen zahnlos bleibt oder gar torpediert wird, müssen die Lobbyaktivitäten der Konzerne und ihrer Interessensvertretungen unbedingt begrenzt werden.



Karolin Seitz bei einem Side-event während der UN-Verhandlungen zum Treaty im Oktober 2019 in Genf

## III. Finanzbericht 2019

Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt GPF Europe mit einer ausgeglichenen Bilanz. Ein geringfügiges Defizit in Höhe von 1.952,33 Euro konnte problemlos durch Entnahmen aus den satzungsmäßigen Rücklagen gedeckt werden (s. Tabelle). Der Umsatz ging gegenüber dem Vorjahr leicht zurück und lag bei 278.408,66 Euro (s. Grafik). Grund dafür war, dass sich die Bewilligung und Auszahlung von Mitteln in zwei Projekten verzögert hatte. Die Projekte werden nun im Jahr 2020 umgesetzt. Das hat zur Folge, dass die Umsatzerlöse 2020 voraussichtlich deutlich auf 370.000 Euro steigen werden.

Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete, die Kosten für Veröffentlichungen sowie die Reise- und Veranstaltungskosten.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren im Jahr 2019 MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Engagement Global gGmbH. Sie unterstützen unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen.

Weiterhin erhielt GPF Europe 2019 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützte unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (Treaty-Prozess).

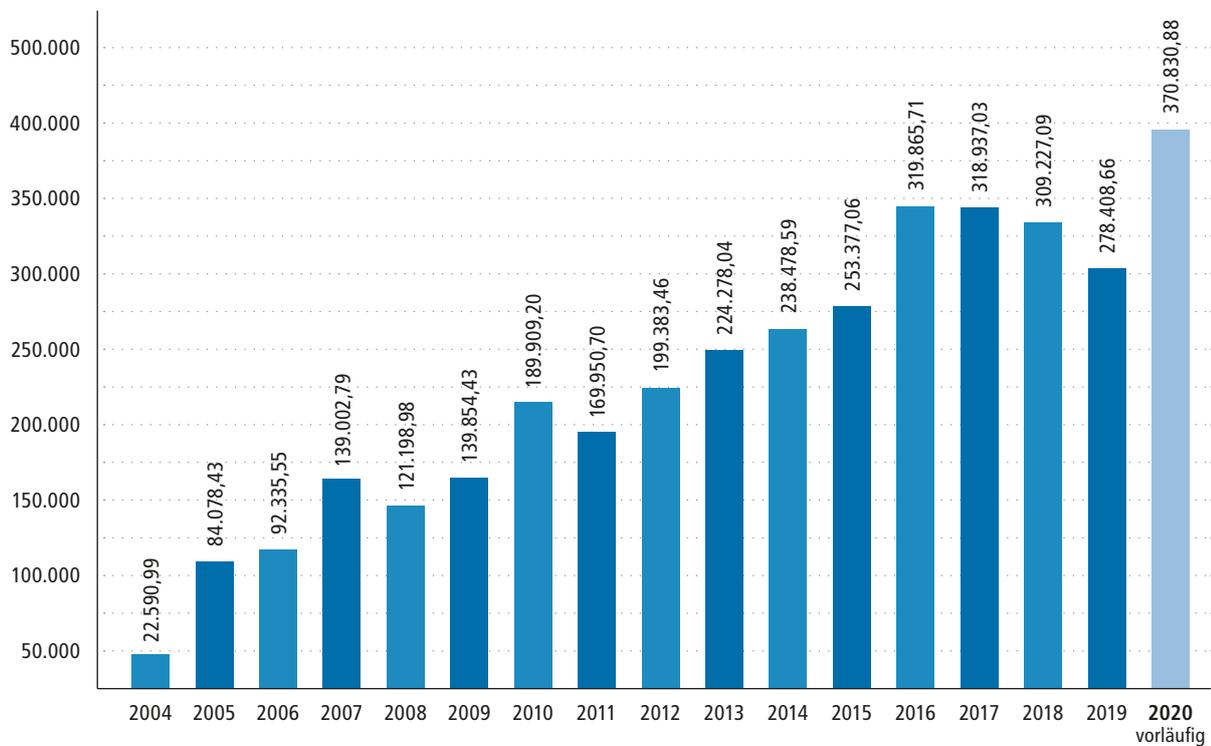
Zusätzlich erhielten wir Mittel aus dem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Social Watch zum Thema Monitoring, Advocacy und Networking im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der UN (Global Policy Watch, [www.globalpolicywatch.org](http://www.globalpolicywatch.org)). Das Instituto del Tercer Mundo erhielt als formaler Träger von Social Watch für dieses Projekt einen Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Da viele Aktivitäten von GPF Europe in Zusammenarbeit mit anderen NGOs und Stiftungen durchgeführt wurden, wurde ein Teil der Projektkosten (Veranstaltungen, Reisekosten etc.) direkt von diesen Kooperationspartnern getragen. Das gilt zum Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Weiterhin besteht die Hauptaufgabe darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit über punktuelle Einzelvorhaben hinaus auf eine langfristig stabile Finanzgrundlage zu stellen.

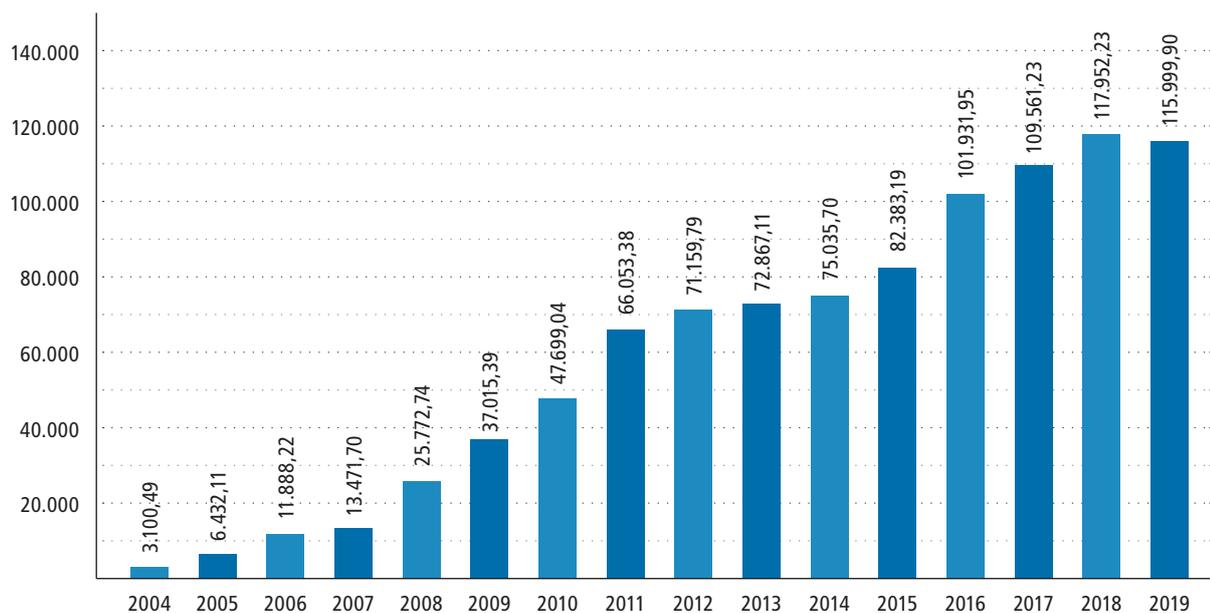
Da eine Reihe mehrjähriger Projekte und Kooperationsvorhaben Ende 2018 oder im ersten Halbjahr 2019 endete, bestand eine wesentliche Herausforderung in der Beantragung neuer Fördermittel beziehungsweise der Erneuerung bestehender Kooperationsvorhaben. Erfreulicherweise ist dies sowohl mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global gGmbH als auch mit MISEREOR und Brot für die Welt gelungen. Dabei kam es allerdings zu den oben erwähnten Verzögerungen. Inzwischen konnten jeweils neue Dreijahresverträge abgeschlossen werden, so dass die Finanzierung eines Großteils der Aktivitäten von GPF Europe bereits bis 2021, zum Teil sogar bis Ende 2022, gewährleistet ist.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, war bisher der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie wurden 2019 leicht reduziert, liegen aber noch immer bei 115.999,90 Euro (s. Grafik). Mit Hilfe der Rücklagen können bei Bedarf Liquiditätengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

## Umsatz GPF Europe 2004 bis 2020 in Euro



## Rücklagen GPF Europe 2004 bis 2019 in Euro



## Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019

alle Beträge in Euro

Bilanz	2019	2018
<b>Aktiva</b>		
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>1.251,00</b>	<b>905,00</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>117.553,69</b>	<b>131.021,43</b>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	883,40	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	115.670,29	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
<b>Summe</b>	<b>118.804,69</b>	<b>131.926,43</b>
<b>Passiva</b>		
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>115.999,90</b>	<b>117.952,23</b>
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	115.999,90	
2. Bilanzgewinn		
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>973,58</b>	<b>1.456,44</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.831,21</b>	<b>12.517,76</b>
1. Erhaltene Anzahlungen	1.495,21	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	172,55	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	163,45	
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
<b>Summe</b>	<b>118.804,69</b>	<b>131.926,43</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>		
	<b>2019</b>	<b>2018</b>
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>278.408,66</b>	<b>309.227,09</b>
a. Engagement Global gGmbH	61.009,67	46.900,38
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	49.100,00	43.300,00
c. Brot für die Welt	29.750,00	48.866,16
d. MISEREOR	29.750,00	48.866,16
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	40.171,76	36.910,00
f. Instituto del Tercer Mundo	35.537,82	28.125,46
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	28.632,26	34.371,88
h. Deutscher Naturschutzring	0	4.800,00
i. VENRO	0	4.180,00
j. Andere Geldgeber	0	6.280,00
k. Publikationserlöse	1.190,15	1.377,05
l. Mitgliedsbeiträge	3.140,00	2.940,00
m. Spendeneinnahmen	127,00	2.310,00
<b>2. Honorare an Dritte</b>	<b>10.049,58</b>	<b>8.687,95</b>
<b>3. Personalaufwand</b>	<b>217.012,69</b>	<b>231.178,14</b>
<b>4. Abschreibungen</b>	<b>950,90</b>	<b>847,00</b>
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>52.788,21</b>	<b>60.134,63</b>
a. Raumkosten	10.159,00	
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	400,00	
c. Reparatur- u. Instandhaltungskosten	2.320,50	
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	18.980,90	
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	20.927,81	
<b>6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>7. Zinsen und sonstige Erträge</b> (inkl. Erträge a. d. Währungsumrechnung)	<b>0,12</b>	<b>11,63</b>
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.952,33</b>	<b>8.391,00</b>
<b>9. Außerordentliche Erträge</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>10. Jahresfehlbetrag (Jahresüberschuss)</b>	<b>-1.952,33</b>	<b>8.391,00</b>
<b>11. Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen</b> (Einstellungen in die satzungsmäßigen Rücklagen)	<b>-1.952,33</b>	<b>8.391,00</b>
<b>12. Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

# IV. Daten und Fakten

## 1. Vorstand und Mitarbeiter/innen 2019

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2019: 49) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, dem Programmkoordinator Wolfgang Obenland (bis 30. 9. 2019) und der Programmmitarbeiterin Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter\*innen, Praktikant\*innen und Berater\*innen.

### Vorstand GPF Europe



**Dr. Tanja Brühl**  
Vorstandsvorsitzende  
Professorin, Präsidentin der Technischen  
Universität Darmstadt



**Dr. Michèle Roth**  
Schatzmeisterin  
Geschäftsführerin der  
Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn



**Verena Winkler**  
Vorstandsmitglied  
freiberufliche Beraterin und Consultant



**Bodo Ellmers**  
Vorstandsmitglied  
Policy and Advocacy Manager bei Eurodad  
(bis Ende 2019)



**Jens Martens**  
Geschäftsführender Vorstand

### Mitarbeiter\*innen GPF Europe



**Wolfgang Obenland**  
Programme Officer (Bonn)  
(bis 30.9.2019)



**Karolin Seitz**  
Programme Officer (Bonn)

### Praktikantinnen GPF Europe

Julie Maier, Nina Focke, Hanna Kieschnick

### Vorstand GPF New York



**Barbara Adams**  
Vorstandsvorsitzende



**Marina Lent**  
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende



**Marina Durano**  
Schatzmeisterin



**Jens Martens**  
Secretary

### Mitarbeiter\*innen GPF New York



**Elena Marmo**  
Programme Officer (New York)



**Sarah Dayringer**  
Programme Officer (New York)

### Berater\*innen

**Lou Pingeot** Policy Advisor (Montreal)

**David Weaver** Policy Advisor (New York)

**Dr. Henning Melber** Policy Advisor (Uppsala)

**Dr. Klaus Hüfner**  
Senior Research Fellow on UN Finance (Berlin)

## 2. Veröffentlichungen

- Adams, Barbara (2019):** The HLPF review has to match the ambition of the 2030 Agenda. GPW Briefing #30. New York.  
[https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/07/GPW30\\_2019\\_07\\_11.pdf](https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/07/GPW30_2019_07_11.pdf)
- Adams, Barbara and Karen Judd (2019):** Social Protection: Hot Topic but Contested Agenda. GPW Briefing #28. New York.  
[https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/02/GPW28\\_2019\\_02\\_26.pdf](https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/02/GPW28_2019_02_26.pdf)
- Adams, Barbara and Karen, Judd (2019):** Who influences whom in the policy arena? Statisticians seek greater voice. GPF Briefing #29. New York.  
[https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/03/GPW29\\_2019\\_03\\_25.pdf](https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/03/GPW29_2019_03_25.pdf)
- Adams, Barbara and Karen Judd (2019):** Global Indicator Framework for SDGs: value added or time to start over? GPW Briefing #31. New York.  
[https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/12/GPW31\\_2019\\_12\\_09\\_Global\\_Indicator\\_Framework\\_for\\_SDGs.pdf](https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/12/GPW31_2019_12_09_Global_Indicator_Framework_for_SDGs.pdf)
- Adams, Barbara/Judd, Karen/Martens, Jens (2019):** Angemessen gemessen? Die globalen Indikatoren für die SDGs auf dem Prüfstand. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_12-2019\\_-\\_Angemessen\\_gemessen\\_Indikatoren\\_fr\\_die\\_SDGs.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_12-2019_-_Angemessen_gemessen_Indikatoren_fr_die_SDGs.pdf)
- Birkenkötter, Hannah/ Köhler, Gabriele/ Obenland, Wolfgang/Stock, Anke (2019):** Blinder Fleck Gleichstellung. Warum SDG 5 (noch) nicht in der deutschen Politik angekommen ist. Global Policy Forum, Women Engage for a Common Future: Bonn/München.  
[https://www.2030agenda.de/sites/default/files/2019-10/Briefing\\_1019\\_Blinder\\_Fleck.pdf](https://www.2030agenda.de/sites/default/files/2019-10/Briefing_1019_Blinder_Fleck.pdf)
- Bissio, Roberto (2019):** Snakes and ladders in sustainable development indexing. GPW Briefing #32.  
[https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/12/GPW32\\_2019\\_12\\_12\\_Sustainable\\_development\\_indexing.pdf](https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2019/12/GPW32_2019_12_12_Sustainable_development_indexing.pdf)
- Focke, Nina und Wolfgang Obenland (2019):** Nachhaltiges Europa? Die Rolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing\\_0919\\_Nachhaltiges\\_Europa.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing_0919_Nachhaltiges_Europa.pdf)
- Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2019):** Spotlight on Sustainable Development 2019. Reshaping governance for sustainability: Transforming institutions – shifting power – strengthening rights. Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs.  
<https://www.2030spotlight.org/>
- Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2019):** Vier Jahre Agenda 2030: Die Politik ist am Zug. SDG-Report 2019. Berlin.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Vier\\_Jahre\\_Agenda\\_2030\\_Final\\_komprimiert.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Vier_Jahre_Agenda_2030_Final_komprimiert.pdf)
- Großmann, Lisa und Wolfgang Obenland (2019):** Nachhaltige Entwicklung braucht Steuern. Deutsche Doppelbesteuerungsabkommen im Kohärenzcheck. MISEREOR, GPF, Netzwerk Steuergerechtigkeit, Brot für die Welt und FES: Berlin, Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_Deutsche\\_Doppelbesteuerungsabkommen\\_DBA.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_Deutsche_Doppelbesteuerungsabkommen_DBA.pdf)

- Martens, Jens (2019):** Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2019. Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing\\_1019\\_SDG\\_Gipfel.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing_1019_SDG_Gipfel.pdf)
- Martens, Jens (2019):** Die Agenda 2030 in der Bewegungsstarre. Vor dem SDG-Gipfel der Vereinten Nationen. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 06-07/2019.  
<https://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae6aa9f0bb9d01.php>
- Martens, Jens (2020):** Eckpunkte eines menschenrechtsbasierten globalen Green New Deal. Antwort auf Finanzkrisen und Austeritätspolitik. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_0120\\_Eckpunkte\\_Green\\_New\\_Deal.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0120_Eckpunkte_Green_New_Deal.pdf)
- Martens, Jens (2020):** Die SDGs im Schatten drohender Finanzkrisen. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/SDGs\\_und\\_Finanzkrisen\\_online.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/SDGs_und_Finanzkrisen_online.pdf)
- Martens, Jens (2020):** The Role of Public and Private Actors and Means in Implementing the SDGs: Reclaiming the Public Policy Space for Sustainable Development and Human Rights. In: Markus Kaltenborn/Markus Krajewski/Heike Kuhn (Hrsg.) (2020): Sustainable Development Goals and Human Rights. Springer.
- Martens, Jens und Karolin Seitz (2019):** Rules of engagement between the UN and private actors. Towards a regulatory and institutional framework. Brot für die Welt/Global Policy Forum/MISEREOR: Aachen/Berlin/Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Rules\\_of\\_Engagement\\_UN\\_Private\\_Actors\\_web.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Rules_of_Engagement_UN_Private_Actors_web.pdf)
- Obenland, Wolfgang (2019):** Nicht nur Schweizer Käse hat Löcher: Anspruch und Wirklichkeit deutscher Steuergesetzgebung und –praxis. In: Justitia zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Das Recht als schärfste Waffe für Umwelt und Entwicklung? Forum Umwelt & Entwicklung Rundbrief 1/2019.  
<https://www.forumue.de/rundbrief-i-2019-justitia-zwischen-anspruch-und-wirklichkeit-das-recht-als-schaerfste-waffe-fuer-umwelt-und-entwicklung/>
- SDG Watch Europe (Hrsg.) (2019):** Spotlight Report on Sustainability in Europe. Who is paying the bill? (Negative) impacts of EU policies and practices in the world. Brussels.  
<https://www.sdgwatcheurope.org/WhoIsPayingTheBill>
- Seitz, Karolin (2019):** Die Wirtschaft nimmt Einfluss. Wie die Wirtschaftslobby die Einführung einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht torpediert. In: Wirtschaft und Menschenrechte. Das Ende der Freiwilligkeit. Dossier von MISEREOR und Brot für die Welt in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Dossier 6/2019).  
<https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-weltsichten-wirtschaft-und-menschenrechte.pdf>
- Seitz, Karolin (2019):** Extractive Industries and Violation of Women’s Rights. Between partnerships and regulation – two diverging ways to tackle the problem at the UN. Association of Women’s Rights in Development (AWID), Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), Global Policy Forum, Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin, Bonn, Suva, Toronto.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing\\_0919\\_Extractive\\_Industries\\_Womens\\_Rights.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing_0919_Extractive_Industries_Womens_Rights.pdf)
- Seitz, Karolin (2019):** Nachhaltig nur auf dem Papier? Die ambivalente Rolle der Wirtschaft bei der Umsetzung der SDGs. Brot für die Welt/Global Policy Forum/MISEREOR: Aachen/Berlin/Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_0319\\_Nachhaltig\\_nur\\_auf\\_dem\\_Papier.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0319_Nachhaltig_nur_auf_dem_Papier.pdf)

**Seitz, Karolin (2019):** Sorgfältig verwässert. Wie die Wirtschaftsverbände versuchen, ein Lieferkettengesetz zu verhindern. Brot für die Welt, Global Policy Forum und MISEREOR: Aachen/Berlin/Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_1119\\_Sorgfaeltig\\_verwaessert\\_online.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_1119_Sorgfaeltig_verwaessert_online.pdf)

**Seitz, Karolin (2019):** UN: Offene Türen für die Wirtschaftslobby? Warum verbindliche Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und den Vereinten Nationen überfällig sind. Brot für die Welt, Global Policy Forum, MISEREOR: Aachen/Berlin/Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_UN-Offene\\_Turen\\_fr\\_die\\_Wirtschaftslobby.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_UN-Offene_Turen_fr_die_Wirtschaftslobby.pdf)

**Seitz, Karolin (2020):** Verhandlungspfad gefunden? Bericht über die fünfte Tagung der UN-Arbeitsgruppe zu einem verbindlichen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty“). Global Policy Forum und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin/Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing\\_UNTreaty\\_5.Tagung.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Briefing_UNTreaty_5.Tagung.pdf)

**Seitz, Karolin/Hannah Kischnick (2019):** „Ein derartig schädliches Gesetz“. Wie die Wirtschaftslobby gegen ein Lieferkettengesetz mobilisiert – und im Bundeswirtschaftsministerium auf große Unterstützung trifft. In: Südlink 190 – Dezember 2019. INKOTA.  
<https://www.inkota.de/index.php?id=2668>

**Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2019):** Stellungnahme der Treaty Alliance Deutschland zum überarbeiteten Entwurf für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (»Revised Draft«).  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Treaty\\_Alliance\\_D\\_Stellungnahme\\_Revised\\_Draft.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Treaty_Alliance_D_Stellungnahme_Revised_Draft.pdf)

**Treaty Alliance Germany (Hrsg.) (2019):** Statement of the Treaty Alliance Germany on the revised draft for a legally binding UN Treaty on Business and Human Rights (»Revised Draft«).  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Treaty\\_Alliance\\_Germany\\_Statement\\_Revised\\_Draft.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Treaty_Alliance_Germany_Statement_Revised_Draft.pdf)

### 3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zu „Role of states in achieving sustainable development“ bei ANND und UNESCWA in Beirut	<b>11.01.</b>
<b>Hintergrundgespräch</b> „Multilateralismus in bewegten Zeiten – Ausblick auf die Klima- und Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen 2019“ in Berlin	<b>22.01.</b>
<b>Podiumsteilnahme</b> von Jens Martens zur Reform und Finanzierung der Vereinten Nationen bei der DGVN in Berlin	<b>22.01.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Bundesebene bei Engagement Global/DGVN Hessen an der Universität Frankfurt	<b>22.01.</b>
<b>Vorträge</b> von Jens Martens zu den SDGs und zur Lobbyarbeit entwicklungspolitischer Organisationen in Deutschland für die Hochschule Düsseldorf in Bonn	<b>29.01.</b>
<b>Moderation</b> von Wolfgang Obenland des Podiums „Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Agenda 2030“ beim Forum Umwelt und Entwicklung/VENRO in Berlin	<b>29.01.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zu Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern bei der Bundestagsfraktion Die Linke in Berlin	<b>20.02.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zu Transnationalen Konzernen und globaler Steuer-Governance bei der FES-Shanghai/Chinese Academy of Social Sciences in Shanghai	<b>27.02.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zu Philanthropischen Stiftungen in der Entwicklungszusammenarbeit im Entwicklungsausschuss des Europaparlaments in Brüssel	<b>27.02.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zu den Ergebnissen des 4th Retreat of the Group of Friends of Monterrey bei Brot für die Welt/Somo/WEED e.V. in Berlin	<b>21.03.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zu Global Nachhaltige Kommune Schleswig-Holstein bei Engagement Global/SKEW u.a. in Kiel	<b>26.03.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zum Thema Menschen- und Gewerkschaftsrechte in globalen Produktionsnetzwerken beim Rosa-Luxemburg-Club Düsseldorf	<b>03.04.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zu Globale Gesundheit (SDG 3) und WHO-Governance bei der DGVN in Berlin	<b>10.04.</b>
<b>Panel Discussion</b> „Prevention, Liability and Rights of the Victims – Discussing towards the first draft of a legally binding Treaty on TNCs and other Business Enterprises with Respect to Human Rights“ in New York	<b>15.04.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zu den SDGs und der Agenda 2030 bei der DGVN Landesverband Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Bonn	<b>25.04.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zur Agenda 2030 – Ansatzpunkte für kommunales Handeln bei Engagement Global/SKEW u.a. in Kiel	<b>25.04.</b>

Was	Wann
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema Die SDGs: Notwendigkeit, Potenziale, Grenzen und Widersprüche an der Universität Bremen	<b>30.04.</b>
<b>Panel Discussion</b> mit Barbara Adams und Jens Martens beim Global Festival of Action zum Thema SDG Shadow Reporting in Bonn	<b>02.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur Zwischenbilanz der Agenda 2030 auf globaler Ebene bei der SKEW in Bonn	<b>03.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Ein neuer Referenzrahmen für die lokale und kommunale Entwicklung bei der Stadt Erlangen	<b>10.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema Global Denken – Lokal Handeln bei der Evangelischen Erwachsenenbildung Nord in Horneburg	<b>16.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zur Umsetzung von SDG 10 global bei Engagement Global/SKEW in Hildesheim	<b>16.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zu „Of Partnership(s), Non-State Actors and Multistakeholderism“ beim Geneva Global Health Hub in Genf	<b>17.05.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur Agenda 2030 und den SDGs bei AKLHÜ in Köln	<b>03.06.</b>
<b>Zivilgesellschaftlicher Gipfel</b> „Nicht auf der Höhe – Deutschland vor dem Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen“ in Berlin	<b>03.06.</b>
<b>Diskussionsveranstaltung</b> „Weltwirtschaft gerecht gestalten – Wie kann Deutschland zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Weltwirtschaft beitragen und welche Rolle könnte ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte spielen?“ in Berlin	<b>06.06.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur Agenda 2030 – Status Quo und Zukunft der SDG-Lokalisierung bei der LAG 21 in Düsseldorf	<b>27.06.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zu „Gemeinsame Zukunft Fair gestalten“ bei Faire Metropole Ruhr in Duisburg	<b>04.07.</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> anlässlich der Veröffentlichung des Reports Spotlight on Sustainable Development 2019 „Reshaping governance for sustainability: Transforming institutions – shifting power – strengthening rights“ in New York	<b>11.07.</b>
<b>Side Event</b> „National Reports on 2030 Agenda – What do they (not) tell us?“ in New York	<b>11.07.</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> anlässlich der Veröffentlichung des Spotlight Reports Sustainability in Europe „Who is paying the Bill? (Negative) impacts of EU policies and practices in the World“ in New York	<b>15.07.</b>
<b>Side Event</b> „Overcoming barriers to reduce inequalities: Policies to leave no one behind and achieve greater equality“ in New York	<b>15.07.</b>
<b>Moderation</b> von Jens Martens beim Expert Workshop der Stiftung Entwicklung und Frieden The Essential World Organisation – Reinvigorating the UN at 75 in Duisburg	<b>03.-04.09.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zur Agenda 2030 – Ansatzpunkte für kommunales Handeln bei Engagement Global/SKEW in Saarbrücken	<b>05.09.</b>

<b>Was</b>	<b>Wann</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zu Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei RENN.west in Ingelheim	<b>09.09.</b>
<b>Pressebriefing</b> „UN-Gipfel in New York: Reagiert die Politik auf Klimakrise und Armut?“ in Berlin	<b>11.09.</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> anlässlich der Veröffentlichung des Spotlight Reports Sustainability in Europe „Who’s paying the bill? – Reshaping Governance for Sustainability“ in Brüssel	<b>11.09.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zu „How to Engage the Business Sector in Human and Labour Rights Protection and Promotion“ bei Democracy Reporting International in Berlin	<b>18.09.</b>
<b>Vortrag</b> von Wolfgang Obenland zur Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland bei Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. in Bonn	<b>22.09.</b>
<b>Panel Discussion</b> mit Barbara Adams und Jens Martens bei der People’s Assembly am Rande des SDG-Gipfels in New York	<b>24./25.09.</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> „UN-Gipfel in New York – Schritte in die richtige Richtung?“ in Berlin	<b>26.09.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zu Global Governance Defizite: Böse Märkte vs. gute Zivilgesellschaft? bei Kolping International in Bensberg	<b>11.10.</b>
<b>Panel Discussion</b> „Quo Vadis EU? How the UN Treaty process can build on European development in the area of business and human rights“ in Genf	<b>14.10.</b>
<b>Panel Discussion</b> „The IMF and Inequalities: Tensions between structural adjustments and structural transformations“ in Washington, D.C.	<b>17.10.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zur 5. Verhandlungsrunde zu einem verbindlichen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte bei OnHour, online	<b>18.10.</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> „Vier Jahre Agenda 2030: Die Politik ist am Zug – Impulse für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ in Berlin	<b>04.11.</b>
<b>Vortrag</b> von Karolin Seitz zu globaler Unternehmensverantwortung beim KED-Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und Hannover	<b>22.11.</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur lokalen Umsetzung der SDGs bei der Stadt Essen	<b>26.11.</b>

## 4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



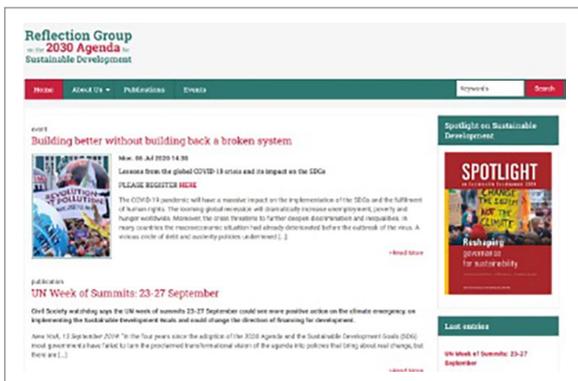
www.globalpolicywatch.org



www.2030agenda.de



www.2030spotlight.org



www.reflectiongroup.org



